

S. 3: ORDENTLICHE
VERTRETER-
VERSAMMLUNG

S. 3: "FIDEL CASTROS
DENKEN"

S. 4: VOM KALTEN KRIEG BIS
ZUR AUFLÖSUNG

S. 6: LESERBRIEFE

ENTSCHLIESSUNG der 9. Ordentlichen Vertre- terversammlung vom 10. Juni 2026 in Berlin



ISOR hat sich seit ihrer Vertreterversammlung vom 15. Juni 2022 weiter aktiv mit politischen und rechtlichen Mitteln in die Gesellschaft eingebracht und sich im Kampf gegen Rentenrecht, Sozialabbau und soziale Benachteiligungen weiter profiliert. Sie arbeitet mit anderen Organisationen und Kräften insbesondere im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden zusammen und leistet ihren Beitrag in der Friedensbewegung. ISOR wird sich auch künftig aktiv am Kampf um die Sicherung des Friedens und beteiligen.

Durch abweisende höchstrichterliche Entscheidungen wurde die Fortdauer des Rentenstrafrechts weiter in die Verantwortung der Legislative geschoben und die Problemlösung auf das Feld der Politik verwiesen. Wir halten diese Entscheidung für nicht hinnehmbar und werden unsere Forderungen weiter vorbringen, da sie nicht geeignet sind, Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu begründen.

Nach Sachlage wird damit vorgegeben, dass Gründungsziel und Zweck von ISOR bisher nicht erreicht sind und der politische Kampf gegen das Rentenstrafrecht und die damit verbundene gesellschaftliche Ausgrenzung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR weitergeführt werden muss. Protest und Widerstand der Zivilgesellschaft sind folglich auch künftig angesagt, und sie fordern den organisierten Zusammenschluss der Betroffenen.

Die Vertreterversammlung dankt allen Mitgliedern und Unterstützern unseres bisherigen Kampfes für die geleistete Arbeit, den

Vorständen und Mitgliedern anderer Verbände und Zusammenschlüsse - insbesondere des Ostdeutschen Kuratoriums - und einzelnen Vertretern und Mitarbeitern verschiedener Parteien für ihre fortdauernde Ermutigung, beratende Unterstützung und Solidarität. Die Vertreterversammlung hat den Bericht des Vorstands und die bisherigen Ergebnisse zur Überwindung des Rentenstrafrechts bestätigt. Sie hat zugleich Ziele und Aufgaben festgelegt, wie der Kampf unserer Organisation weitergeführt werden wird. In ihnen wurden insbesondere die umfangreichen Diskussionen in unseren TIG und eine Vielzahl von Stellungnahmen und Positionierungen von Mitgliedern in Vorbereitung der Konferenz berücksichtigt. Sie spiegeln sich in der durch die Vertreterkonferenz zu beschließende Führungskonzeption 2026 bis 2030 des neu gewählten Vorstandes wider. Die Grundrichtung der Arbeit für die kommenden Jahre wird wie folgt bestimmt:

Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht bleibt Kernstück der satzungsgemäßen Arbeit. Sie verlagert sich weiter auf den politischen Bereich und orientiert auf gemeinsame und abgestimmte Aktivitäten mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Menschenrechtsorganisationen. Bestehende Kontakte zu analogen und ähnlichen Organisationen sind weiterzuentwickeln, zu pflegen und zu verfestigen. Geprüft und erreicht werden sollen gemeinsame Initiativen der Zivilgesellschaft, insbesondere durch außerparlamentarische Aktivitäten. Beschwerden gegenüber dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und

kulturelle Rechte der Vereinten Nationen im Rahmen der periodischen Berichterstattungen nach Artikel 16 und 17 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK- Pakt) sind erneut zu prüfen und vorzubereiten. Weitere Aktivitäten zur innerstaatlichen Beförderung der Durchsetzung sozialer Rechte (z.B. Wahlprüfsteine, konkrete Forderungen in Wahlkämpfen auf Bundes- und Länderebenen) sind situativ zu nutzen.

ISOR ist trotz hoher Altersstrukturen und zunehmender gesundheitlicher Belastungen vieler Mitglieder eine mitgliedstarke Organisation und soll es bleiben, selbst wenn ein wachsender Teil von ihnen sich aus Alters- und Gesundheitsgründen zurückhaltender verhalten muss. Umso mehr ist es erforderlich, die gegenseitige Hilfe und Solidarität untereinander zu pflegen und zu entwickeln. Der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung kommt ein zunehmender Stellenwert als Organisationsaufgabe zu.

Zugleich ist unser Verein selbst weiter zu festigen und muss den genannten Entwicklungen Rechnung tragen. Unsere Satzung hat sich bewährt. Die politische Führungskonzeption ist den Entwicklungen entsprechend anzupassen und aktuell zu halten. Insbesondere ist der wachsenden Anzahl von Einzelmitgliedschaften und deren Betreuung Rechnung zu tragen. Die Vertreterversammlung orientiert erneut darauf, Strukturen, Gliederungen und Informationswege zu überprüfen und effektiv zu gestalten. Persönliche Betreuungen, gegenseitige Hilfe, Problemlösungen und auf Wunsch Hilfe in komplizierten persönlichen Situationen werden zunehmen, insbesondere Beistand und Hilfe in Fragen von Mieten, Vorsorge, Sicherung von Eigentumsrechten u. ä., soweit das rechtsförmig nicht an Grenzen stößt oder beschränkt ist.

Der Vorstand wird beauftragt, die Kooperation mit anderen demokratischen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten, die aktiv für den Frieden eintreten, weiter zu befördern, sich auf sozialpolitischen Gebieten zu engagieren und ihrerseits Verbindungen zu uns suchen.





v.l.n.r. Detlev Schiemann, Steffen Haupt, Anja Mewes, Bodo Weser, Gerald Böhm, Achim Bonatz, Steffen Neuber, Armin Lai, Bernd Hartmann, es fehlt Dietmar Polster

Sie fand am 10. Juni 2026 im vollgefüllten Münzenbergsaal mit dem Ergebnis der Wahl des neuen Vorstandes erfolgreich statt. Einige geladene Gäste, wahlberechtigte Delegierte aus den TIG und zu Wählende konnten entschuldigt nicht teilnehmen. Satzungsgemäß war die Vertreterversammlung beschlussfähig.

Nach den einführenden Worten und der Begrüßung (kann bei der GS angefordert werden) wurde das Präsidium gewählt. Bericht des Vorstandes (kann bei der Leiterin der GS angefordert werden) Bericht des Schatzmeisters sowie Bericht der Revisionskommission wurden



INFORMATION zur 9. Ordentlichen Vertreterversammlung von ISOR e. V. am 10. Juni 2026

vorgetragen und durch die Beiträge der anschließenden Diskussion in interessanter Weise unterstützt sowie bestätigt. Anlässlich des zugleich bestehenden 35. Jubiläums der Gründung unseres Vereins wurde den Teilnehmern das Heft zu den verdienten Verstorbenen, an deren Entstehen und Gelingen alle TIG mitgewirkt haben, ausgegeben. Restbestände sind vorhanden und können in der GS angefordert werden.

Der Vorstand zeichnete eine Reihe von Aktivisten aus.

Mit der Ehrenmitgliedschaft wurden: Peter Eichler, Jürgen Specht, Gerald Böhm, Karl Heinz Schmalfuß, Herbert Kranz, Dr. Lothar Wellschmid, Peter Ott und Johannes Auerswald, mit der Ehrennadel in Feinsilber Wolfgang Bohlke, Monika Döhler, Karl-Heinz Mangold, Andreas Peter, Dietmar Polster, Peter Trost und Armin Lai sowie mit der Ehrenurkunde Hartmut Schuchardt ausgezeichnet.

Danach wurde dem alten Vorstand und der Revisionskommission einstimmig durch die Vertreterversammlung die Entlastung erteilt.

Die Vorschläge der Kandidaten zur Besetzung der neu zu wählenden Revisionskommission und des neuen Vorstandes wurden ordnungsgemäß vorgetragen. Das Einverständnis aller Beteiligten lag vor. In den nachfolgenden Wahlgängen wurden diese Vorschläge durch die Vertreterversammlung angenommen.

Der vom neuen Vorstand gewählte Vorsitzende Joachim Bonatz brachte die in der Delegiertenmappe vorab ausgehängte Entschließung zur Abstimmung. Sie wurde einstimmig angenommen und wird in der kommenden „ISOR aktuell“ veröffentlicht.

Durch diese Vertreterversammlung ist der Weg für die Periode 2026 bis 2030 anhand der durch die Mitgliedschaft vorbereiteten neuen Führungskonzeption und der Entschließung des neuen Vorstandes gezeichnet.

Ich wünsche unseren TIG - Mitgliedern, deren Führungscrew (TIG-Vorstand, Betreuer und anderen Funktionsträgern) sowie den neu Gewählten Kraft, Gesundheit, Freude, Entschlossenheit und letztendlich Erfolge in der Umsetzung der vorgezeichneten Aufgaben.

Joachim Bonatz, Vorsitzender



AUS UNSEREN TIG



Liebe Freunde und Genossen unserer Initiativgemeinschaft

da hatte ich das Glück, wie über 40 anderen Linke, mit Tino Eisbrenner vom 07. bis 13. Mai, täglich im Bus, bei Besuchen historischer Stätten in Moskau, Kaliningrad und Krasnogorsk, in einer antifaschistischen Konferenz zusammen zu sein und seinen Liedern zu lauschen, mitzusingen - und da erhalte ich mein Mai-ISOR-aktuell und erlebe ihn darin, wie zuvor in Russland live erlebt. In Moskau sprach er u.a. von Kunst als Waffe, wie wir es von Friedrich Wolf kennen. Sein Leitartikel steht für sein Verständnis davon, womit er mit seiner Forderung nach „Herz“ im Friedens- und Fort-

schrittskampf wohl bei jedem von uns offene Türen einläuft, denn nur mit Ratio und ohne Emotion, ohne mehr Herz wird dieser Kampf erneut nicht gelingen.

Tino beklagt „kleinspalterische Gesinnungskriege“ unter Linken. Diese habe ich in Moskau auch schmerzlich erlebt. U. a. als Kanzler Merz als Feind der Arbeiterklasse charakterisiert wurde, meinte jemand, in diesen Kategorien denke man nicht, da auch Merz ein Mensch sei, oder ein weiterer vertrat mit Vehemenz die Ansicht, die Russische Förderung führe gegen die Ukraine einen Angriffs-

krieg. Das ließ die zeitweilig anwesende Liane Kilinc, die in Deutschland ob ihrer Soliaktionen für Opfer in den Donbassregionen infolge des braunen Banderaterrors verfolgt wird, die Frage aufwerfen: „Was führt diesen zum Tag des Sieges nach Moskau?“ Es war Balsam für meine Seele, dass meine Widerrede gegen diese Ansicht große Unterstützung erfuhr. Und ich erwische mich bei dem Gedanken, dass das mit „kleinspalterisch“ nichts zu tun hat. Hier ist sowohl Herz als auch Verstand gefordert. Komisch, die mahnende Verknüpfung von Herz und Verstand, die aktuelle Zer-



rissenheit der politischen Linken lässt mich an „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ als letzte Zeilen und Aufforderung des Kommunistischen Manifestes, ein Meisterstück des Denkens und des Herzens, denken. Ging es Marx und Engels dabei etwa um Vielfalt oder um die Vereinigung der Arbeiterbewegung im Sinne des Manifestes?

Liebe Freunde und Genossen, mit der Reise erfüllte ich mir einen Jugendwunsch, ich war zweimal in der Sowjetunion, nun mit 71 Jahren endlich auch in Moskau. Der Genuss der Siegesparade auf dem Roten Platz blieb uns aus bekannten Gründen verwehrt. Dennoch zu erleben, wie Jung und Alt in Massen (!), schmuck gekleidet oder in Uniformen der roten Armee Lieder des vaterländischen Kampfes singend, rote Nelken tragend und sie ihre Helden ehrend, das stimmt einen frohsinnig. Auch wie es gelingt, die Beziehung zur militärischen Operation für die Regionen des Donezk herzustellen. Auch das eine gelungene Herzensangelegenheit!

Was unbedingt zu sagen ist: In Moskau wird gebaut, architektonisch und vielfältig schön und in Größenordnungen, sowie massenhaft, was in Deutschland nicht zu erleben ist, wohl in ganz Europa. Wer baut, setzt auf Zukunft und auf Sieg, zweifellos!

Unvergesslich wird der Besuch des deutsch-antifaschistischen Museums in Krasnogorsk für mich bleiben, wo 1943 des NKFD gegründet wurde. Durch dessen Wirken wurde bei meinem Vater, der 1941 als 19-jähriger „freiwillig“ in den Krieg zog, ein Prozess eingeleitet, der ihn später Kommunist werden liess. Im Übrigen: Das NKFD wurde 2023 wieder gegründet bzw. neu belebt.

Eine Reise nach Moskau, privat initiiert und organisiert, wird jährlich mehrfach durchgeführt. Noch Lust darauf? Nur zu: es lohnt. Mehr Energieaufladen geht nicht!

Mit solidarischen Grüßen
Gunther Rennwanz, TIG Neubrandenburg

“Fidel Castros Denken – Inspiration zum Handeln”

Mit dieser Erkenntnis fand am 15. Mai 2026 in Leipzig ein durch die Arbeitsgruppe Cuba Si der Partei „Die Linke“ des Stadtverbandes Leipzig gemeinsam mit Partnern organisiertes Kolloquium statt, das dem 100. Geburtstag Fidel Castros am 13. August 2026 gewidmet war. Der Einladung waren Vertreter der Partei „Die Linke“ Leipzig, Niedersachsens und Gera, der DKP, der KPD, der SDAJ, der Kommunistischen Organisation, der Regionalgruppe Leipzig des Rotfuchs, der Regionalgruppe Leipzig des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, der ISOR e. V., TIG Leipzig, der Arbeitsgruppe Cuba Si Gera und andere Gäste gefolgt. Ca. 100 Anwesende nahmen an der Veranstaltung teil. Mit besonderer Freude wurde die Botschafterin der Sozialistischen Republik Kuba, Ihre Excellenz Juana Martínez Gonzáles sowie weitere Mitglieder der kubanischen Botschaft begrüßt.

Durch die Vertreter der Parteien und Organisationen wurde in Grußansprachen und Beiträgen das Leben und Wirken Fidel Castros als glühender Revolutionär, als herausragender Führer der kubanischen Revolution und Staatsmann beim Aufbau und der Entwicklung des Sozialismus in Kuba sowie seine große internationale Rolle bei der Unterstützung der Freiheitsbewegungen in den Ländern Latein- und Südamerikas sowie Afrikas gewürdigt. Einen bedeutenden Platz nahm die Solidarität mit dem kubanischen Volk in der Vergangenheit und Gegenwart ein. So berichtete die Vertreterin der AG Cuba Si Leipzig, dass Cuba Si 500 Tausend Dollar für ein Energieprojekt sammeln wollen. Die DKP berichtete, dass sie die finanziellen Mittel für den Bau und die Ausstattung eines Krankenhauses in Kuba spendeten und die AG Cuba Si Gera 104 Computer durch Spenden finanziert haben und ihr Ziel, 100 Computer zu finanzieren, überbieten konnten. Wir haben in unserem Beitrag betont, dass wir Mitglieder der ISOR e. V. unsere Unterstützung des heldenhaften Kampfes des kubanischen Volkes vor allem darin sehen, aktive solidarische Hilfe zu leisten. Wir konnten die Anwesenden davon informieren, dass die Mitglieder der TIG Leipzig aktuell bis Ende

Juni eine Spendenaktion für Kuba durchführen und am 12. Mai vorab 1.500 € auf das Solidaritätskonto von Cuba Si überwiesen haben. Wir erhielten dafür große Zustimmung und Anerkennung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit der Botschafterin und mit Wegbegleitern Fidel Castros wurde über viele Erlebnisse mit und aus dem Leben und Wirken Fidel Castros als Kommunist, Staatsmann und Internationalist berichtet. Sein Erfolgsrezept für die Begeisterung und die Unterstützung der Menschen für die Revolution und für die sozialistische Entwicklung Kubas war seine tiefe Verwurzelung im Volk, seine Fähigkeit, die Menschen zu überzeugen, sie zu begeistern und ihnen zu ihren Problemen aber auch zu ihren Vorschlägen zu zuhören, diese aufzugreifen und in seine Entscheidungen mit einzubeziehen. Seine klare politische Haltung zum Sieg des Sozialismus in Kuba unterstützte diese Überzeugungskraft. Eindrucksvoll wiesen die kubanischen Gäste darauf hin, dass die Persönlichkeit Fidel Castros, sein revolutionärer Kampf und seine Siegeszuversicht nach wie vor im kubanischen Volk verwurzelt sind und aktuell im Kampf gegen den Vernichtungsfeldzug der USA weiterlebt. Zu den aktuellen Kriegsdrohungen der USA und der Blockade, die nahezu das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Kuba zum Erliegen bringt, berichtete die Botschafterin, dass die Lage sehr ernst ist, aber das kubanische Volk sich nicht kampflos ergeben wird und überzeugt ist, dass es dieser Aggression erfolgreich begegnen kann. Die kubanische Revolution und die sozialistische Republik waren in der Vergangenheit vielen kritischen Situationen amerikanischer Aggressionspolitik ausgesetzt, die sie erfolgreich bestanden haben. Auch daraus erwächst die Zuversicht, die aktuelle Konfrontation zu bestehen. Sie betonte, dass es für Kuba und für das kubanische Volk motivierend ist, zu wissen, dass sie weltweit nicht allein in ihrem Kampf stehen, große solidarische Unterstützung erfahren und hoffen, dass diese Solidarität nicht nachlässt. Sie überbrachte den Dank der kubanischen Regierung

und des kubanischen Volkes für diese Solidarität.

Die Anwesenden nahmen geschlossen eine Protestresolution von Cuba Si „Hände weg von Cuba“ an. Diese Protestresolution fordert insbesondere den Verzicht auf eine kriegerische Aggression gegen das sozialistische Kuba, die Wahrung seiner Souveränität und territoriale Integrität und die Aufhebung der Blockade sowie der Wirtschaftssanktionen. Sie wird

den amerikanischen Vertretungen in Deutschland und der Bundesregierung übergeben.

Die Veranstaltung fand mit dem Auftritt der kubanischen Künstlerin Mariela Santana einen würdigen kulturellen Abschluss.

Mit der Erkenntnis der Umsetzung von „Fidel Castros Denken – Inspiration zum Handeln“ durch das kubanische Volk, der Hoffnung und Zuversicht,

dass ein Krieg durch den Einfluss internationaler Politik, besonders durch die Staaten des globalen Südens und der internationale Solidarität abgewendet werden kann sowie in unserer Solidarität mit dem kubanischen Volk nicht nachzulassen, endete eine eindrucksvolle und nachwirkende Veranstaltung der Solidarität mit Kuba.

Gerald Böhm

Vorsitzender der TIG Leipzig

Vom Kalten Krieg bis zur Auflösung



Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt im Gespräch mit den interessierten Besuchern

LWL/J.S. Ins Hotel Schloss Neustadt-Glewe kamen 82 Besucher, um Antworten von Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt zu bekommen. Eingeladen hatte der Kultur- und Heimatverein Neustadt-Glewe e. V. den im Herbst 1989 jüngsten General, der den Verfassungsschutz der DDR aufbauen sollte, eingeladen. Nach drei Jahrzehnten sprach der 1944 in Ostpreußen Geborene erstmals mit Buchautor Peter Böhm über seine prägenden Kinder- und Jugendjahre, sein Entschluss, 1962 Angehöriger des MfS zu werden. Heraus kam „Der letzte Mann“, eine Verlagsanspielung, wie auch die Seitenvorgabe. Im Januar 1990 beschloss der „Runde Tisch“, das MfS aufzulösen.

Der Diplomjurist gab den Zuhörern des bis auf den letzten Platz belegten Veranstaltungsraumes interessante Einblicke in die Tätigkeit des 1950 im Kalten Krieg gegründeten Ministeriums. Damals schrieb die „Westpresse“, die DDR würde das Jahr 1950 kaum erleben oder überleben. Das MfS, Aufklärung und Abwehr, zwei Teile einer Einheit, hatte die Aufgabe,

das Volkseigentum zu schützen. Dieses Ziel hatten die zuvor gegründeten westlichen Geheimdienste nicht. Nach der „Wende“ wurde die erfolgreiche Aufklärung durch Verteufelung der Abwehr zur Delegitimierung der DDR genutzt. Jeder Staat, so der General, hat sein Rechtssystem und schützt es. Die Eigentumsverhältnisse setzen die Unterschiede. Aufgeräumt über die Größe des MfS hat er mit Zahlen. Zu den 91.000 Mitarbeitern gehörten, angefangen vom General über die Mitarbeiter, auch Küchenpersonal und Hausmeister, sowie das 11.500 Personen umfassende Wachregiment. Es galt 4.000 militärische Objekte zu schützen. Kein Geheimdienst der Welt ist ein „Mädchenpensionat“. Es gab im MfS Hochgebildete, 80% hatten einen Hoch- oder Fachschulabschluss, wie überall auch Mittelmaß, aber auch Dummheit.

Jüngere bundesdeutsche Analysen erbrachten, daß 80% der IM aus Überzeugung tätig waren. Ja, es gab auch Geld oder „Besorgung“ von gefragten Waren, war die Antwort auf eine der

Fragen der interessierten Zuhörerschaft. Nicht wenige wollten wissen, warum das MfS die Entwicklung Mitte der 80er Jahre nicht gesehen hat. „Wir haben“ sagte der General a. D., aber Berichte gingen über Mielke nicht hinaus.

Auch die EOS Frage tauchte auf, Leistungsprinzip und Beispiel Merkel u. Gauck überzeugten vielleicht nicht den motivierten Fragesteller. Reiseablehnungen erfolgten fast ausschließlich durch die zuständigen Leiter, aber als „Ausrede“ war es leichter auf das MfS zu verweisen. Viele Kampagnen gegen das MfS sind in heutigen Geheimdiensten, offen in den Medien, Alltag. Nur ein Beispiel: Stefan Heym, vom Dienst beobachtet, als Alterspräsident im ersten gemeinsamen Deutschen Bundestag unsäglich beschimpft. Viele „Aufträge“ hätten politisch gelöst werden müssen. Schabowski hat 1988 solche Vorschläge entschieden zurückgewiesen. Der Demokratische Zentralismus war zum Zentralismus mutiert. Der Postminister erfuhr nachträglich, er habe den „Sputnik“ verboten, der „Postminister“ war aber Honecker, wie auch bei der Ausbürgerung von Biermann war nicht das MfS der Schuldige. Die DDR Bürger hätten Offenheit vertragen, so gab es zunehmend Vertrauensverlust, auch bei den 2,3 Mio. Genossen. Die heutigen Dienste „arbeiten“ gleich, so der General a. D., die Politik macht, was sie will, und er nannte die Warnung der 18 US Geheimdienste vor dem Irakkrieg, trotzdem griffen Israel und Trump an. Der Dialog im Saal war Beispiel für nicht einseitige Geschichtsbetrachtung.

Engelhardt zitierte: „Die Vergangenheit wird ständig geändert, um zur Gegenwart zu passen.“

Jürgen Schwarzenberg

Liebe Freunde und Kampfgefährten,

um eine Anleihe bei Tucholsky zu nehmen: „Wir werden uns wieder an diese Partei wenden – es ist so ein beruhigendes Gefühl. Man tut was für die Rentengerechtigkeit, aber man weiß ganz genau: mit dieser Partei kommt sie nicht.“ Diese Partei, welche früher SED, dann PDS in Varianten und nunmehr LINKE heißt, hat den Staat DDR, für welchen wir standen, geschaffen, und sie bildete auch die Sicherheitsorgane, welche deren Bestand zu sichern und zu schützen hatten. 40 Jahre lang sagte sie, uns was wir zu tun hatten. Und die Partei wachte stets streng darüber, ob wir es auch gut und richtig machten.

Als es dann nicht mehr weiter ging und vor allem das Volk nicht mehr folgte, schob man uns, ganz speziell jene vom MfS vors Loch und rief laut „haltet den Dieb“. Inzwischen auch schon wieder seit 3 1/2 Jahrzehnten. Von moralischer Schuld wurde und wird gesprochen und von Menschenrechtsverletzungen. Eigene moralische Verantwortung für die Menschen, welche in ihrem Auftrag tätig waren, ausgeblendet. In der führenden Zeitung des untergehenden Staates DDR wurden Telefonnummern abgedruckt. Unter diesen durfte man beim Parteivorstand denunzieren. Gleichzeitig sprach man davon, dass wir vom MfS die Menschen

bespitzelt hätten. Nicht etwa auf Basis von Tatsachen. Nein, Grundlage waren Behauptungen derjenigen, welche wir im Auftrag der Partei bekämpften, weil Sie den sozialistischen Staat nicht nur ablehnten, sondern aktiv bekämpften. Damals aber flugs sagten, sie wollten eine bessere DDR, nicht etwa diese beseitigen.

Die gewendete Partei war von Stund an die aktivste Kraft, um uns zu denunzieren und den selbst geschaffenen Staat im Nachhinein zu delegitimieren. Das taten sie auch gern aus Führungspositionen oder um solche anzustreben. Erinnern wir uns: in Berlin-Lichtenberg verschärften die, auch durch uns gewählten Verordneten der Bezirksversammlung den Text auf dem Schild am ehemaligen MfS Gebäude zu „Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ... sicherte durch politische Willkür, Terror und Überwachung der Bevölkerung die Diktatur der SED“. Erklärte damit die DDR zum Terrorstaat, das MfS zur terroristischen Vereinigung, deren Mitarbeiter zu Terroristen.

Die PDS-Bürgermeisterin ließ es sich nicht nehmen, das Schild persönlich anzubringen. Im Wahlkampf scheute sich einer der späteren Silberlocken nicht, das MfS mit der Gestapo gleichzusetzen. Der Protest aus der Partei dagegen war äußerst konspirativ. Auf einem der letzten Parteitage der „LINKE“ wurde dieser Mann beim Einzug in den Saal wie ein Popstar gefeiert. Ein Wort zu dem, was die Partei

bislang für uns tat: Nichts. Auch wenn sich einige Mitglieder der Führungsgremien bemühten. Und was tun wir? Erneut wollen wir unsere Interessen mit den rentenpolitischen Sprechern der PdL „wahrnehmen“.

Ich meine, das genügt nicht. Wir sollten diese Partei bei jeder Möglichkeit laut auffordern, endlich ernsthaft aktiv zu werden und das Rentenunrecht klar und deutlich zu kritisieren und anzusprechen. Nicht nur allgemein über Wahrung von Renteninteressen im Osten von Deutschland zu sprechen, sondern Klartext zu sprechen, Sich auch nicht scheuen den Begriff „MfS“ auszusprechen. Die nicht nur vergessen wurden, sondern zu deren rentenrechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung eigens Gesetze geschaffen wurden. Die Scheu etwas auszusprechen hatten sie, wenn es um DDR-Kritik ging, nie.

Unsere Mitglieder, welche weiterhin Beitrag für die PdL zahlen, sollten darüber nachdenken, ob es lohnt, den Kakao, durch welchen wir gezogen werden (wenn es wenigsten Kakao wäre!), auch noch selbst zu bezahlen. Da hier und da auch Wahlkampf sein wird, sollte das auch den Wahlkämpfern dieser Partei gesagt werden. Denn sehr viele der jungen zum Wahlkampf gecasteten Menschen, kennen diese Zusammenhänge gar nicht.

Mit solidarischen Grüßen
Volker Liebscher, TIG Berlin-Lichtenberg

Joachim Bonatz: 03.06.2026, Antwort auf Leserbrief von Volker Liebscher

Lieber Gen. Volker Liebscher,

Danke Dir für Deinen Leserbrief, der faktenbasiert ist. Er sollte jedoch als Ansporn dienen, die Partner sehen und uns nicht in Schubkastendenken verfallen lassen. Deshalb nur begleitend als Info. Genau deshalb sprachen wir mit Sören Pellmann und deshalb werden wir (unser rentenpolitische Sprecher und ich) mit der rentenpolitischen Sprecherin der Linken sprechen. In meinen Tagesberichten findet sich auch die kleine Anfrage von Sören Pellmann sowie die Rede von Egon Krenz in Moskau, der exzellente Artikel von Florian Warweg

und die Aussagen des BSW. Alles das sollte uns statt zu einem Fatalismus zu führen, Ansporn sein die heute sich ergebenden ungleich besseren Chancen zu nutzen. Die Hochrüstungspolitik hat seitens einer Milliardärs-Clique international das Ziel, die sozialen Errungenschaften weltweit zurückzuführen. Deshalb sind Wirken gegen die „Kriegstüchtigkeit“, der damit verbundenen Einengung der Meinungsfreiheit und an Hand unseres Beispiels der bewussten Ignoranz berechtigter erworbener Ansprüche durch uns als Zeitzeugen eine unverzichtbare Wirkung. Die Linke - damit sage ich Dir sicher nichts Neues - ist nicht homo-

gen. Du beschreibst es. Sören Pellmann versteht uns, und gemeinsam ohne Ausnahme steht die Fraktion dankenswerterweise zu unseren Ansprüchen. Über diesen Weg wird auch das Gespräch mit Dr. Schmachtenberg (langjähriger Partner des RTR, SPD) weitergeführt und erfolgte mit anderen Politikern bzw. ist angebahnt. Bei den durch mich zurückliegend geführten Gesprächen kam immer aufs Neue die Verwunderung, dass unsere Einzahlung in die Altersvorsorge komplett ignoriert worden ist. Genau dieser Punkt macht diese Regierung des deutschen Staates unglaubwürdig, wenn er die Menschen zur Vorsorge aufruft, um im Rahmen der „Rentenreform“ Kürzungen unter dem Vorzeichen „Eigenverantwortung“ aufzuschwatzen. Wir als An-

gehörige der bewaffneten Organe, sind nicht die Einzigen, denen man Leistungen vorenthält (siehe Wirken RTR). Die Riesterreute (bei der man 97 Jahre alt werden muss, bevor es „sich rechnet“) diene einzig und allein dem Abzocken und „Vertrösten“. Die neuen Pläne sind noch wesent-

lich grausamer gegenüber dem Volk. Solche Möglichkeiten wie heute, den hässlichen arbeiterfeindlichen, bürgerfeindlichen Charakter des derzeit politikbestimmenden Kapitals zu entlarven, gab es bisher noch nie. Die Wenigen von uns, die das Vermitteln können und wollen, haben damit be-

trächtliche Wirkungen. Ich würde mich freuen, wenn Du dich in diese Gruppe einreihst.

Gruß Joachim

Anmerkung Redaktion:

Die Redaktion begrüßt weitere Impulse und Überlegungen zu dieser Thematik, um den Austausch lebendig fortzusetzen.

Verehrte Anwesende,

gute Freunde haben mir davon abgeraten, das heute vorliegende Buch mit dem Titel „Die Kunst der Zersetzung – Manipulationstechniken der Nachrichtendienste“ überhaupt zu schreiben.

Auf keinem Fall habe ich es geschrieben, um Zersetzung zu beschönigen oder zu bagatellisieren. Die CIA hat Zersetzung wie auch Desinformation unter die dirty tricks, also die schmutzigen Tricks der Geheimdienste eingeordnet, und das ist völlig korrekt.

Wenn ich mich also entschlossen habe, zu diesem Thema zu schreiben, dann aus drei Gründen:

Über Zersetzungsmaßnahmen des MfS ist in den letzten mehr als 30 Jahren eine Menge Unsinn verbreitet worden, der hinterfragt werden sollte. So ist z.B. von mehreren Millionen DDR-Bürgern die Rede, die Opfer von Zersetzung geworden sein sollen. Dagegen kommt Sonja Süß, die in der Gauck-Behörde zu diesem Thema geforscht hat, zu der Schlussfolgerung, dass in den siebziger und 80er Jahren wahrscheinlich insgesamt von einer 4-5-stelligen Zahl bei Personen in Gruppenzusammenhängen und bei intensiv betroffenen Einzelpersonen höchstens von einer dreistelligen Zahl auszugehen ist.

Mein wichtigstes Anliegen ist es sichtbar zu machen, dass Zersetzung weder eine Erfindung noch ein Unikat des MfS ist, und dass Zersetzung in der Gegenwart in einem Ausmaß praktiziert wird, welches vom MfS nie erreicht wurde. In der DDR fehlte die Multiplikation von Zersetzungsmaßnahmen durch Massenmedien. Vergleichbare Presseorgane, wie die „BILD-Zeitung“ oder das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, gab es nicht und schon gar keine sozialen Medien, die seinerzeit auch im Westen nicht existierten. Heute werden ganze Parteien und Bewegungen unterwandert und zersetzt oder sogar Parteien und Organisationen eigens zum Zweck der Zersetzung gegründet. Die organisierte

Opposition in der DDR, die als sog. unabhängige Friedensbewegung firmierte, hatte dagegen noch

im Juni 1989 gerade einmal ca. 2.500 Anhänger, inkl. aller Mitläufer.

Schließlich möchte ich darauf aufmerksam machen, dass man sich vor Zersetzung schützen kann. Niemand ist verpflichtet, sich manipulieren zu lassen und das böse Spiel mitzuspielen. Was für Schutz vor Manipulation gilt, gilt auch für den Schutz vor Zersetzung: „Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst!“ Besser als Albrecht Müller von den „Nachdenkseiten“ mit seinem einschlägigen Buchtitel kann man es nicht ausdrücken. Ein kulturvoller Umgang miteinander, die Verständigung auf gemeinsame Themen, das Negieren anonymer Beschuldigungen, konstruktiver Meinungsstreit bei Vermeidung von persönlichen Angriffen u. v. a. m. entziehen Zersetzungsmaßnahmen die Basis. Vorurteile oder vorschnelle emotionale Reaktionen schaden ebenso wie das Beharren auf einem Bekenntniszwang oder der Einsatz von Totschlagargumenten.

Selbstverständlich bin ich durch meine Tätigkeit im MfS und meine politischen Auffassungen geprägt und ich erwarte deshalb auch nicht, dass Sie mir in allem zustimmen. Als Erfolg würde ich es schon betrachten, wenn ich zum Nachdenken angeregt hätte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Umbenennung „Bundesverteidigungsminister“

Als ausgewiesener Transatlantiker sollte Boris Pistorius endlich dem US-Präsidenten nacheifern und sein Amt und den Bandler-Block in Kriegsminister und Kriegsministerium umbenennen. Seit Amtsantritt hat Pistorius alles dafür getan, um ohne objektive Notwendigkeit die Bundesrepublik auf einen Krieg vorzubereiten, das Aggressionspotential der Bundeswehr auf Teufel komm raus auszubauen und im vorausseilenden NATO-Gehorsam Truppen im Baltikum zu stationieren. Er strebt ganz aktiv im Bunde mit der EU, der NATO und dem Bundeskanzler den Aufbau einer europäischen Armee gegen Russland an. Alle Maßnahmen gehen, bei Lichte betrachtet, weit über die Aufgaben eines Verteidigungsministers und sein Ministerium hinaus. Weit und breit sind in der gegenwärtigen deutschen Politik und deren Apologeten keinerlei Maßnahmen sowie Aktivitäten für ernsthafte diplomatische Lösungen zur Konfliktbewältigung zu sehen. Ganz im Gegenteil, Milliarden und Abermilliarden an Steuergeldern werden zur Stabilisierung eines offensichtlich korrupten Systems gesteckt, das sich zu allem Überfluss auch noch eine öffentliche Verehrung von Nazikollaborateuren zelebriert. Bei diesen Tatsachen verliert die von der Bundesregierung und den mehrheitlich von Bundestagfraktionen „beschwo-rene“ Brandmauer ihre Unschuld. Der „Sozialdemokrat“ Boris Pistorius steht im unseligen traditionellen militaristischen Handeln seiner Parteigenossen Gustav Noske und Wolfgang Struck und im Gegensatz zur Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt.

Wolfgang Schmidt

Raimon Brete

Einladung zur Busfahrt von Gleichgesinnten

zum „Antifaschistischen Riesengebirgstreffen“
vom **28.-30.08.26 nach Malá Úpa**/Tschechien.
Interessenten bitte melden unter 0173-2452773
o. aribertschilling@gmx.de
i.A. der IG Malá Úpa

Kriegsuntüchtigkeit als Chance

Hermann Theisen (Hg.)
Essays gegen den Krieg und für
zivile Konfliktlösung
Mit einem Geleitwort von Prof.
Dr. Hartmut Rosa

272 Seiten
28,00 Euro
ISBN 978-3-939045-61-8
Graswurzelverlag

„Krieg und Kriegsgefahr be-
stimmen unsere Zeit, während
die klimapolitischen Hiobsbot-
schaften kaum nachhaltige Fol-
gen haben. In dieser Anthologie
kommen Autor*innen aus sehr
unterschiedlichen Disziplinen und
Lebenswelten zu Wort.“

Sie gehen in ihren Essays der Frage
nach, warum wir explizit kriegs-
untüchtiges Denken und Handeln
brauchen, um die Krisen unserer
Zeit zu bewältigen. Was alle Au-
tor*innen verbindet, ist die tiefe
Überzeugung, dass Kriege nicht zu
rechtfertigen sind und die globa-
len Probleme unserer Zeit nur auf
zivile Weise verstanden und gelöst
werden können, denn Louis Leco-
ins Kritik am Krieg gilt bis heute:
»Selbst wenn man mir beweisen
würde, dass mein Ideal durch einen
Krieg verwirklicht werden könnte,
würde ich immer noch „Nein“ zum
Krieg sagen. Denn man baut keine
menschliche Gesellschaft auf Lei-
chenbergen auf.“

Aus Amazon



Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P.: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Bernd Hartmann,
isor-finanz-stat@t-online.de
Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de
ISOR aktuell dient der Information
von Mitgliedern der ISOR e. V. und
interessierten Bürgern und kann nicht
bei Behörden als rechtsverbindliche
Auskunft benutzt werden. Bei nament-
lich gekennzeichneten Beiträgen sind

Impressum

die Autoren für deren Inhalt verant-
wortlich. Die Redaktion behält sich
Sinn wahrende Kürzungen vor.
Redaktionsschluss: 11.06.2026
Print- & Internetausgabe: 30.06.2026
Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe: 16.07.2026
Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telefon. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Rente/Soziales: Steffen Haupt
Tel. 030 297843-19
E-Mail: hauptsteffen@gmx.net

Schatzmeister und Statistik:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Bürottermine und nach tel.
Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338- 750 76 92
Fax: 03338- 750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de
AG Soziales und Betreuung:
Florian Münter
Telefon: 0151 - 41 46 65 51
Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de
Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de
Bankverbind.: Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e. V. Berlin
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX